



Protokoll

Datum:

8. September 2020

Ort:

Durchführung der Sitzung auf schriftlichem Weg
(Zirkularverfahren)

Zeit:

Aktenzeichen: 924-3718/20/2

Protokoll der 20. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol vom 8. September 2020

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Lisa Yolanda Hilafu	Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Christian Raetz	Ehem. Leiter des «Bureau cantonal de médiation VD»
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM



1. Durchführung der Sitzung auf schriftlichem Weg

Aufgrund der geringen Anzahl Gesuche, die der beratenden Kommission zur Diskussion unterbreitet werden (vgl. Traktandum 3), wird die Sitzung ausnahmsweise mittels eines Zirkularverfahrens durchgeführt, d.h. alle Kommissionsmitgliedern haben die Gelegenheit, sich schriftlich zu den Gesuchen zu äussern. Die Kommissionsmitglieder haben hierfür alle notwendigen Informationen und Unterlagen vorab zusammen mit der Traktandenliste schriftlich erhalten. Bis zum 8. September 2020 haben alle ihre Rückmeldungen abgegeben. In Bezug auf Personendaten wurde dabei die Vertraulichkeit selbstverständlich gewährleistet.

2. Mitteilungen

Das Parlament hat in der Sommersession (Schlussabstimmung vom 19. Juni 2020) die Revision des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen (AFZFG) zur Aufhebung der Einreichfrist, welche bisher für Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag galt, verabschiedet. Nach unbenutztem Ablauf der 100-tägigen obligatorischen Referendumsfrist kann diese Gesetzesrevision voraussichtlich auf den 1. November 2020 in Kraft treten. Neue Gesuche nimmt das BJ aber schon vor diesem Datum entgegen. Die hierzu nötigen Gesuchsformulare und Wegleitungen wurden überarbeitet und stehen seit Juli 2020 auf Deutsch, Französisch und Italienisch auf der Homepage des Fachbereichs FSZM zur Verfügung oder können in gedruckter Form verlangt werden. Ein formeller Entscheid über die Gesuche und gegebenenfalls die Auszahlung eines Solidaritätsbeitrages wird jedoch erst ab Inkrafttreten der Gesetzesrevision möglich sein.

Sämtliche Staatskanzleien, kantonalen Anlaufstellen, Staatsarchive, die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) und die Konferenz für Kindes und Erwachsenenschutz (KOKES) erhielten vom Bundesamt für Justiz Anfang August 2020 im Zusammenhang mit dieser Revision des AFZFG ein offizielles Informationsschreiben.

Aufgrund der Revision des AFZFG (Aufhebung der bisher geltenden Einreichfrist) ist auch die dazugehörige Verordnung AFZFV anzupassen und die beratende Kommission, welche bis anhin nur ein befristetes Mandat hatte, in eine sog. «ausserparlamentarische Kommission» (APK) umzuwandeln (zur APK vgl. auch Protokoll der Sitzung vom 16. Juni 2020, Ziff. 2). Die nötigen Arbeiten sind im Gang, so dass die Verordnungsanpassungen sowie die Einsetzung der beratenden Kommission als APK durch den Bundesrat möglichst zeitnah zum Inkrafttreten der Gesetzesrevision erfolgen können (vorgesehen ist per 1. Januar 2021).

Wie schon letztes Jahr plant der Präsident in seiner Funktion als Vertreter des Bundes in der Leitungsgruppe des NFP 76 im September/Oktober 2020 ein Informationstreffen für alle interessierten Bundesstellen und weitere Behördenvertreter (z.B. Vertreter interessierter Bundesämter, Staatsarchive, kantonale Anlaufstellen etc.) durchzuführen. Es geht einerseits darum, über den Stand des NFP 76 und über aktuelle Gesetzesänderungen sowie parlamentarische Vorstösse zum Thema der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen zu informieren. Andererseits soll auf die Frage des Wissenstransfers und der Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenhang mit den zum Teil schon abgeschlossenen und zum Teil noch laufenden Forschungsarbeiten eingegangen werden.

Im Rhätischen Museum in Chur wurde am 22. August 2020 die sehr empfehlenswerte Sonderausstellung «Vom Glück vergessen. Fürsorgerische Zwangsmassnahmen in Graubünden» eröffnet.¹ Sie dauert noch bis zum 28. Februar 2021.

3. Behandlung von Einzelfalldossiers, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsieht bzw. von Grenzfällen

Aus den letzten Kommissionssitzungen ist noch ein Gesuch verblieben, welches nicht abschliessend behandelt werden konnte, weil noch Zusatzabklärungen getätigt werden mussten. Trotz dieser Zusatzinformationen liegt noch keine abschliessende Empfehlung vor; das Gesuch wird deshalb an der nächsten Sitzung nochmals zur Diskussion unterbreitet. In einem weiteren Fall informiert der Fachbereich, dass es trotz bzw. aufgrund der Zusatzabklärungen bei einer Abweisung des Gesuchs bleibt.

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission insgesamt 3 weitere Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorschlägt. Die Kommission empfiehlt ein Gesuch zur Abweisung. Bei zwei Gesuchen sind die Meinungen nicht eindeutig, weshalb die Abgabe einer Empfehlung bis zur nächsten Sitzung aufgeschoben wird.

Seit der letzten Cocosol-Sitzung wurden den Kommissionsmitgliedern mit den Monatslisten Juni und Juli 2020 insgesamt 3 bzw. 8 Fälle unterbreitet, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vorsieht. Seitens der Kommissionsmitglieder sind in Bezug auf beide Listen innert Frist keine Einwände eingetroffen.

4. Stand der behandelten Gesuche

In der aktuellen «Übergangsphase» bearbeitet das BJ parallel drei verschiedene Kategorien von Gesuchen:

- Letzte Spezialfälle von Gesuchen, welche rechtzeitig eingereicht wurden;
- nach aktuellem Recht verspätet eingereichte Gesuche, bei denen aber die verpasste Einreichungsfrist gestützt auf Art. 24 VwVG aus wichtigen Gründen (z.B. schwere physische oder psychische Krankheit, Falschauskunft einer Behörde, usw.) ausnahmsweise wiederhergestellt werden kann;
- (neue) bereits eingereichte Gesuche, über welche aber erst nach Inkrafttreten der Gesetzesrevision (Aufhebung der bisher geltenden Einreichungsfrist) ab November 2020 entschieden werden kann.

Aufgrund der permanenten Veränderung der Datenlage sowie der mittlerweile sehr hohen Komplexität der verschiedenen Gesuchkategorien und der sich in unterschiedlichen Verfahrensstadien befindenden Gesuche sind aussagekräftige statistische Angaben im Moment nur sehr schwierig und aufwändig zu erstellen (und präsentieren sich überdies auch sehr unübersichtlich), weshalb das BJ auf statistische Angaben im Rahmen des vorliegenden Protokolls ausnahmsweise verzichtet.

5. Verschiedenes

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission ist für Dienstag, 17. November 2020, ab 9.30 Uhr, vorgesehen. Sie wird voraussichtlich wieder im BJ stattfinden (d.h. mit physischer Anwesenheit der Kommissionsmitglieder).

¹ https://raetischesmuseum.gr.ch/de/ausstellungen/sonderausstellung/Seiten/sonderausstellung_2020.aspx

Ein besonderer Dank geht an alle Mitglieder für ihre Mitwirkung und die konstruktive Zusammenarbeit unter den aktuell besonderen Umständen.



Procès-verbal

Date :	8 septembre 2020
Lieu:	Séance tenue par voie de circulaire
Heure :	---

Numéro de dossier : 924-3718/20/2

Procès-verbal de la 20^e séance de la commission consultative (Cocosol) du 8 septembre 2020

Présidence :	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ
Membres :	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
	Urs Allemann-Caflisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Lisa Yolanda Hilafu	Présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Christian Raetz	Ancien Chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Maria Luisa Zürcher	Ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
Ex officio :	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
Procès-verbal:	Simone Anrig	OFJ / unité MCFA



1. Séance par voie de circulaire

En raison du petit nombre de demandes soumises à la commission consultative (cf. point 3), la séance se déroule exceptionnellement par voie de circulaire : tous les membres de la commission ont pu s'exprimer par écrit. Ils ont reçu toutes les informations et tous les documents nécessaires à l'avance, avec l'ordre du jour. Ils ont tous rendu leur avis écrit avant le 8 septembre 2020. La confidentialité des données personnelles a bien entendu été garantie.

2. Informations générales

Le Parlement a approuvé la révision de la loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA) visant à supprimer le délai de dépôt des demandes de contribution de solidarité lors de la session d'été (vote final le 19 juin 2020). Après l'échéance du délai référendaire obligatoire de 100 jours, cette révision devrait pouvoir entrer en vigueur le 1^{er} novembre 2020. L'OFJ accepte toutefois déjà les nouvelles demandes. Les formulaires et les instructions à cet effet ont été retravaillés ; ils sont disponibles en français, en allemand et en italien sur les pages internet de l'unité MCFA et peuvent être commandés sous forme imprimée. Il ne sera toutefois possible de prendre de décision formelle au sujet de ces demandes, et, le cas échéant, de verser une contribution de solidarité, qu'à partir de l'entrée en vigueur de la révision.

L'OFJ a envoyé un courrier d'information officiel au sujet de la révision de la LMCFA à toutes les chancelleries d'État, aux points de contact cantonaux, aux archives ainsi qu'à la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) et à la Conférence en matière de protection des mineurs et des adultes (COPMA) au début du mois d'août 2020.

En raison de la révision de la loi (suppression du délai de dépôt des demandes), l'ordonnance qui s'y rapporte (OMCFA) doit être modifiée de façon à ce que la commission consultative, qui n'avait jusqu'à présent qu'un mandat à durée limitée, soit transformée en une « commission extraparlamentaire » (au sujet de la commission extraparlamentaire, voir le procès-verbal de la séance du 16 juin 2020, point 2). Les travaux sont en cours ; l'objectif est que l'entrée en vigueur des modifications de l'ordonnance ainsi que l'institution de la Cocosol en tant que commission extraparlamentaire par le Conseil fédéral (prévues le 1^{er} janvier 2021) puissent avoir lieu rapidement après l'entrée en vigueur de la révision de la LMCFA.

Comme l'année dernière, le président, en sa qualité de représentant de la Confédération au sein du comité de direction du PNR 76, prévoit d'organiser une séance d'information adressée à tous les services administratifs intéressés (représentants des offices fédéraux, archives d'État, points de contact, p. ex) en septembre/octobre 2020. Il s'agit d'une part de faire le point sur l'état d'avancement du PNR 76 et des modifications législatives et de fournir des renseignements au sujet des interventions parlementaires portant sur thématique des mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux. D'autre part, il faut aborder la question du transfert de connaissances et du travail d'information du public au sujet des études scientifiques en cours et terminées.

Le 22 août 2020, le musée rhétique de Coire¹ a inauguré une exposition spéciale consacrée aux victimes de mesures de coercition dans le canton des Grisons, que nous vous recommandons chaudement. Elle fermera ses portes le 28 février 2021.

3. Traitement des dossiers individuels pour lesquels l'unité MCFA propose un rejet ou une non-entrée en matière et des cas limites

Depuis la dernière séance, il restait encore une demande dont le traitement n'avait pas pu être achevé car des examens complémentaires étaient nécessaires. C'est désormais chose faite, mais il n'a pas été possible de formuler une proposition définitive, raison pour laquelle cette demande sera soumise à la discussion lors de la prochaine séance. Dans un autre cas, l'unité maintient son avis selon lequel il faut rejeter la demande sur la base des résultats livrés par les examens complémentaires.

Trois autres demandes pour lesquelles l'unité MCFA propose le rejet ont été soumises à la Cocosol en vue de la séance. La commission recommande elle aussi le rejet d'une demande. Les avis divergent en ce qui concerne les deux autres demandes, c'est pourquoi elle attend sa prochaine séance pour formuler une recommandation.

Depuis la dernière séance, 3 cas ont été soumis aux membres de la Cocosol avec la liste de juin 2020, et 8 avec la liste de juillet 2020, pour lesquels l'unité MCFA prévoyait une approbation. Les membres de la commission n'ont fait aucune remarque au sujet de ces listes dans le délai imparti.

4. État des demandes traitées

En cette « période transitoire », OFJ traite trois types de demandes :

- les dernières demandes particulièrement difficiles déposées dans le délai initial ;
- les demandes déposées hors délai selon le droit actuel, dont le délai a exceptionnellement pu être restitué en vertu de l'art. 24 de la loi fédérale sur la procédure administrative parce qu'il n'avait pas pu être respecté pour des motifs importants (p. ex. grave maladie physique ou psychique, mauvaises informations fournies par une autorité, etc.) ;
- les demandes déposées récemment, mais qui ne pourront être traitées qu'après l'entrée en vigueur de la révision de la LMCFA, en novembre 2020.

En raison de l'évolution constante des données, des différentes catégories de demandes qui se sont fortement complexifiées, et du fait que traitement de toutes ces demandes en est à divers stades, il est actuellement très compliqué d'établir des statistiques significatives (et de telles statistiques ne seraient pas lisibles). Pour ces raisons, l'OFJ renonce exceptionnellement à publier des statistiques dans le présent procès-verbal.

5. Divers

La prochaine séance de la Cocosol est prévue le 17 novembre 2020, à 9 h 30. Elle devrait à nouveau avoir lieu à l'OFJ (présence physique des membres).

Le président remercie les membres de la commission pour leur participation et leur collaboration constructive dans les circonstances particulières qui règnent actuellement.

¹ Exposition « Vom Glück vergessen. Fürsorgerische Zwangsmassnahmen in Graubünden », https://rae-tischesmuseum.gr.ch/de/ausstellungen/sonderausstellung/Seiten/sonderausstellung_2020.aspx